

16. März. 2007

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

In der Anlage zur Vorlage V/0120/2007 (Entwurf Arbeitsprogramm Verkehrsplanung 2007 - 2008) wird die Maßnahme „Plan-UVP (Umweltverträglichkeitsprüfung) Entlastungsstraße Nord“ (Projekt-Nr. N 1) gestrichen.

Begründung

Wie schon in der Vergangenheit mehrfach festgestellt, ist es völlig unangemessen, die Planung für ein solch überflüssiges Vorhaben wie die III. Nordtangente mit einem Gesamtvolumen von rund 7 Millionen Euro im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung weiter zu betreiben. Das umso mehr, als im gleichen Zeitraum ein Haushaltskonsolidierungsbeitrag der Stadt Münster in Höhe eines zweistelligen Millionenbetrages zu leisten ist.

Das ganze Vorhaben ist nicht nur widersprüchlich, sondern auch in hohem Maße unsozial. Hat doch der Rat mit den Stimmen von CDU und FDP im vergangenen Jahr eine Übernahme des Eigenanteils für Schulbücher für SGB-II-Empfänger und Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz abgelehnt. Dabei ging es um eine Summe (84.000,- €), die im Verhältnis zur III. Nordtangente (7.000.000,- €) geradezu lächerlich erscheint. Das ist etwas mehr als 1%.

In diesem Jahr die konsequente Fortsetzung von CDU und FDP, Einsparungen auf dem Rücken der Schwachen auszutragen. In der Märzsession der BV-Nord lehnten sowohl die christliche CDU als auch die liberale FDP einen SPD-Antrag ab, zur Förderung der Einrichtungen der offenen und mobilen Kinder- und Jugendarbeit in Münster rund 50.000,- € aus dem allgemeinen Haushalt bereitzustellen. Eine Summe, die im Vergleich zur III. Nordtangente in Prozenten (0,71%) kaum mehr darzustellen ist. Zur Finanzierung wurden vielmehr die freien Träger gegeneinander ausgespielt und zur Kasse gebeten: Die Regionalstelle für Frauen mit 10.000,- €, die Investitionen zur Förderung von Jugendeinrichtungen mit 29.500,- € und der Überbrückungsfond für offene Kinder- und Jugendarbeit mit 10.000,- €.

Eine solch widersprüchliche und völlig unsoziale Finanz- und Sparpolitik ist den Bürgerinnen und Bürgern weder zu vermitteln noch zuzumuten. Daher ist die weitere Planung für die III. Nordtangente einzustellen.